

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Andrej Hunko, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Jan Korte, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Schutz und Offenheit für die Wissenschaft – Initiative zur Gründung einer europäischen Exil-Universität

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit, aber auch in Europa nehmen Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft zu. Lehrende, Forschende, zum Teil ganze Einrichtungen, Fakultäten und Hochschulen werden aus politischen Gründen angegriffen und ihre Arbeit verunmöglicht. Dies hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf Einzelne, sondern der freie Diskurs, die ungehinderte und ergebnisoffene Forschung und die Toleranz für andere Meinungen insgesamt geraten auf diese Weise unter Druck. Von politischem und wirtschaftlichem Druck freie Forschung ist eine wesentliche Grundlage für einen aufgeklärten gesellschaftlichen Diskurs und für informierte politische Entscheidungsfindungen.

Die Europäische Union und Deutschland sollten ihrer historischen Verantwortung und ihrer gewachsenen Bedeutung in der Welt gerecht werden, indem sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in ihren Heimatländern in oder außerhalb Europas aus politischen Gründen nicht arbeiten oder sogar nicht bleiben können, dauerhaft politischen Schutz und akademische Perspektiven bieten.

Eine europäische Universität für exilierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätte die Chance, zu einem Aushängeschild Europas in der Welt zu werden und als Leuchtturm der Wissenschaftsfreiheit und Demokratie zu fungieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der Europäischen Union und in Zusammenarbeit mit europäischen Regierungen, Hochschulen und Nichtregierungsorganisationen die Gründung einer europäischen Exil-Universität als eigenständige Institution anzuregen und voranzutreiben. Sie soll langfristig aus Mitteln der EU finanziert und ins europäische Wissenschaftssystem integriert werden.

Berlin, den 14. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

